

Antrag

der Abgeordneten Michael Groß, Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, Martin Burkert, Petra Crone, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Ulrike Gottschalck, Hans-Joachim Hacker, Gustav Herzog, Petra Hinz (Essen), Christel Humme, Ute Kumpf, Kirsten Lühmann, Caren Marks, Franz Müntefering, Thomas Oppermann, Florian Pronold, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Daniela Wagner, Bettina Herlitzius, Britta Haßelmann, Sven-Christian Kindler, Memet Kilic, Tabea Rößner, Dr. Anton Hofreiter, Stephan Kühn, Harald Ebner, Lisa Paus, Dr. Valerie Wilms, Cornelia Behm, Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Nicole Maisch, Friedrich Ostendorff, Dr. Hermann E. Ott, Dorothea Steiner, Markus Tressel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Programm „Soziale Stadt“ zukunftsfähig weiterentwickeln – Städtebauförderung sichern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Lebenswerte, attraktive, funktionsfähige und sozial ausgeglichene Städte und Gemeinden sind die Grundlage für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Unsere Städte und Gemeinden unterliegen einem ständigen Wandel. Ökonomische und demographische Veränderungen, die zunehmende Polarisierung zwischen Arm und Reich sowie die ökologischen Anforderungen und Folgen der Energiewende sind in der Stadtentwicklung von Bedeutung und bilden sich in unseren Städten ab.

Als zentrales Handlungsinstrument für die zukunftsfähige Entwicklung der Städte und Gemeinden hat sich in über 40 Jahren die Städtebauförderung erwiesen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung vernachlässigt die Städtebauförderung. Eine eindeutige Ausrichtung der Strukturförderung an den gesellschaftspolitischen Herausforderungen der Städte und Gemeinden ist grundsätzlich zu vermissen.

Schwarz-Gelb feiert die in den letzten beiden Jahren auf 455 Mio. Euro gekürzten Bundesmittel schon als Erfolg – trotz eines von ihr selbst anerkannten Bedarfs von 700 Mio. Euro und trotz eines von ihr selbst vorgelegten Gutachtens, das Anstoßwirkungen auf Investitionen in einer Höhe von mehr als 1:7 Euro belegt. Die derzeitige Regierungskoalition interessiert sich nicht für dieses über lange Jahrzehnte entwickelte Musterbeispiel einer erfolgreichen Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden. Sie ignoriert die Bedürfnisse der Kommunen, insbesondere mit Blick auf eine Stabilisierung benachteiligter Wohnquartiere und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Nur eine breite Allianz aus Opposition, Kommunen, Ländern und Verbänden konnte die von der schwarz-gelben Koalition beschlossene Halbierung der Städtebauförderung verhindern.

Auch ist die Teilhabe der Städte an der Städtebauförderung unabhängig von der Haushaltssituation vor Ort sicherzustellen. Aufgrund ihrer prekären Finanzsituation müssen immer mehr Kommunen auf städtebauliche Zukunftsinvestitionen verzichten. Zumal laut Kommunalpanel der KfW Bankengruppe für 40 Prozent der Kommunen die Bereitstellung des Eigenanteils eine hohe Hürde darstellt. Ein Drittel der Mittel- und Großstädte muss deshalb sogar auf den Einsatz von Fördermitteln verzichten. Dabei sind gerade die Förderprogramme für finanzschwache Kommunen häufig die einzige Möglichkeit, Investitionen durchzuführen.

Mit dem 1999 unter der rot-grünen Bundesregierung eingeführten Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ konnte in vielen Stadtteilen eine drohende Abwärtsspirale gestoppt werden. Sichtbare städtebauliche Erneuerungen im Wohnumfeld oder der sozialen und kulturellen Infrastruktur sind die Voraussetzung dafür, dass das soziale Miteinander, der nachbarschaftliche Zusammenhalt, die Integration gelebt werden können. Kommunikative Grün- und Freiflächen für alle Generationen, Jugend- und Kulturzentren, Mehrgenerationen- und Bürgerhäuser werden zum Mittelpunkt vielfältiger Angebote für die Bürgerinnen und Bürger und für ein Netzwerk der unterschiedlichen Akteure im Quartier. Gerade diese mit dem Programm initiierten Netzwerke und Strukturen vor Ort binden die Bewohnerinnen und Bewohner auf Quartiersebene aktiv ein und fördern somit systematisch bürgerschaftliches Engagement und eigenverantwortliches Handeln. Integration, der faire Zugang zu Bildung und Kultur werden nachhaltig unterstützt und gelebt.

Neben den baulichen Maßnahmen sind es gerade diese investitionsvorbereitenden und -begleitenden Netzwerke und Strukturen, die das Programm „Soziale Stadt“ so erfolgreich machen. Von entscheidender Bedeutung sind dabei die räumlichen, integrierten Entwicklungskonzepte, die als Ergebnis einer gesamtstädtischen Analyse die Gebietsauswahl begründen und auf Quartiersebene strategisch Maßnahmenbündel vorschlagen, sowie ein ressortübergreifendes Maßnahmenbündel zur Stabilisierung der benachteiligten Quartiere. Koordiniert und verstärkt werden solche Ansätze durch ein aktives Quartiersmanagement. Unter breiter Beteiligung aller Akteure im Stadtteil, der Kommunalverwaltung, der lokalen Wirtschaft und den ehrenamtlichen Initiativen werden nicht nur benachteiligte Quartiere saniert, sondern ein gutes nachbarschaftliches Miteinander und gegenseitige Anerkennung und Akzeptanz geschaffen. Dies nutzt der gesamten Stadt.

Das Programm „Soziale Stadt“, eingebettet in die Städtebauförderung, hat sich als erfolgreiches Instrument in der Praxis vor Ort bewährt. Mit seinem querschnittsorientierten, integrierten und sozialraumbezogenen Ansatz ist es ein zielgenaues Förderinstrument der sozialen Stadtentwicklung. Seine Flankierung mit ressortübergreifenden Ansätzen ist Voraussetzung für den Erfolg integrierter Stadt(teil-)entwicklung. Sie muss auch vor dem Hintergrund vieler neuer Herausforderungen auf allen Ebenen – Bund, Land, Kommune – ausgebaut werden, um ergänzende Mittel anderer Förderprogramme in Soziale-Stadt-Gebieten zu bündeln. Denn so können diese Stadtteile nach bisheriger Erfahrung Integrationsaufgaben für die gesamte Stadt übernehmen und dem sozialen Zusammenhalt und der Teilhabe in der Stadt insgesamt dienen. Um gesellschaftliche Fehlentwicklungen zu korrigieren, brauchen wir an diesen Orten auch die verstärkte Kraft aus anderen Ressorts wie Bildung, Familie und Jugend, Gesundheit, Arbeit und Integration.

Angesichts der anhaltenden sozialen Spaltung der Städte und Gemeinden, die sich angesichts der Mietpreisentwicklung in Ballungszentren noch zu verschärfen droht, aber auch der kulturellen Integrationsaufgaben muss das Programm „Soziale Stadt“ zu einem ressortübergreifenden Leitprogramm mit Verbindlichkeit für alle beteiligten Ressorts ausgebaut werden, auch in finanzieller Hinsicht.

Trotz der breiten öffentlichen Anerkennung der Bedeutung und der beeindruckenden Leistungen des Programms „Soziale Stadt“ hat die schwarz-gelbe Regierungskoalition im November 2010 die Bundesmittel gravierend um rund 70 Prozent gekürzt. Die nur unwesentliche Anhebung der Mittel für das Programmjahr 2012 auf gegenwärtig 40 Mio. Euro, allerdings nur noch für bauliche Maßnahmen, lässt weiterhin nur noch eine notdürftige Fortsetzung der Förderung zu. Auch die angekündigte Aufstockung auf 50 Mio. Euro würde längst nicht reichen. Politisch wollte die Bundesregierung eine Reduzierung ausschließlich auf bauliche Maßnahmen durchsetzen. Hinzu kommt, dass die Koalition allein für das Programm „Soziale Stadt“ per Haushaltsbeschluss den – ansonsten in der Städtebauförderung üblichen – flexiblen Mitteleinsatz unterbunden hat. Die so dringend nötige Ausweitung auf neue Gebiete ist damit kaum möglich. Wurden 2009 bundesweit noch 48 Programmgebiete neu in die Förderung aufgenommen, war es 2011 nur noch eines. Die Auswirkungen der massiven Kürzungen für die Betroffenen vor Ort sind verheerend: Über lange Jahre mühevoll aufgebaute Netzwerke und Partnerschaften brechen weg und vielfältiges Engagement wird ausgehöhlt. Vielerorts ist die Position des Quartiersmanagers nicht gesichert. Dringende Investitionen bleiben aus. Damit fällt zudem ein wichtiger Hebel für ressortübergreifendes Engagement weg. Es fehlt künftig vielerorts der Mittler zwischen Verwaltung und Stadtteil.

Auch im laufenden Haushaltsjahr 2012 steht weit weniger als die Hälfte der Bundesmittel zur Verfügung als vor dem Amtsantritt der schwarz-gelben Bundesregierung. Engagierte Bewohnerinnen und Bewohner, Kommunen, Bürgergruppen und Akteure vor Ort sind zutiefst verunsichert. Sie brauchen Kontinuität, um erfolgreich arbeiten zu können. Verlässliche Rahmenbedingungen sind in den Stadtteilen zwingend notwendig, um sich auch zukünftig den Herausforderungen stellen zu können und den Anforderungen an lebenswerte Städte gerecht zu werden. Bewohnergetragene Mitwirkungsprozesse und Entscheidungen müssen berechenbar bleiben und in konkret umsetzbare Maßnahmen münden, um ihre volle Wirkung zu entfalten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. umgehend für eine verlässliche Mittelausstattung der Städtebauförderung mit dem Leitprogramm „Soziale Stadt“ zu sorgen und perspektivisch diese entsprechend dem anerkannten und durch Gutachten belegten Bedarf bereitzustellen,
2. das Programm „Soziale Stadt“ zum ressortübergreifenden Leitprogramm für den sozialen Zusammenhalt in Städten und Gemeinden weiterzuentwickeln und entsprechend finanziell auszustatten,
3. den kooperativen, fachübergreifenden Ansatz des Leitprogramms „Soziale Stadt“ auf allen Ebenen zu stärken und dessen Verbindlichkeit, auch finanziell, für alle beteiligten Bundesressorts auszubauen,
4. die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Programme untereinander auch mit dem Programm „Soziale Stadt“ innerhalb der Städtebauförderung wieder herzustellen,
5. den partizipativen und aktivierenden Ansatz, unterstützt durch nichtinvestive Maßnahmen, im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ wieder einzuführen und das auch in Titel und Richtlinien auszudrücken,
6. auf Bundesebene in Bezug auf das Programm „Soziale Stadt“ eine verbindliche Strategie zur Zusammenarbeit der Ressorts für die Stabilisierung und Stärkung der Integrationsfunktion benachteiligter Stadtquartiere insbesondere in den Feldern Bildung, Arbeit, Gesundheit und Integration zu erarbeiten, z. B. in Form von Bildungsverbänden,

7. mit der Bundesagentur für Arbeit eine Kooperationsvereinbarung zu schließen,
8. im Rahmen des Programms auch solche Maßnahmen gezielt anzuregen, die auf den Aufbau von Netzwerken zwischen den benachteiligten Quartieren und der übrigen Stadt gerichtet sind,
9. als Ziel des Programms „Soziale Stadt“ die Stabilisierung der benachteiligten Quartiere mit Blick auf die Stärkung ihrer Integrationsfunktion für die Städte und Gemeinden zu verankern, so dass Integration erreicht und Verdrängung vermieden wird,
10. a) gemeinsam mit den Ländern darauf hinzuwirken, dass den Partnern im Gebiet ermöglicht wird, das Programmziel auch langfristig zu gewährleisten und Teilhabe auf Dauer zu erreichen, und
b) dazu auch neue Partnerschaften für die Stadtentwicklung durch eine Plattform zu unterstützen, um das soziale Engagement von Unternehmen, Stiftungen, Eigentümern und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren für die Stadtteilarbeit zu gewinnen,
11. eine erneute bundesweite Evaluation des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ durchzuführen und darin zum einen auf die Entwicklungen vor den Einschnitten ab dem Haushaltsjahr 2011 und zum anderen auf die Entwicklungen nach den Einschnitten ab den Haushaltsjahren 2011 und 2012 einzugehen – diese sollte auch stichprobenartige Befragungen der Bewohnerinnen und Bewohner der Programmgebiete beinhalten; außerdem ist zu prüfen, inwieweit andere Fachressorts die Kürzungen im Programm kompensiert haben,
12. in den Finanzierungsinstrumenten des EU-Strukturfonds 2014 bis 2020 mit dem Ziel der Verbesserung des territorialen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts neben der städtischen Dimension auch die soziale Dimension der Stadtentwicklung als vorrangigen Fördergegenstand festzulegen und diese für das Programm „Soziale Stadt“ umzusetzen, um so die Ziele der Strategie Europa 2020 zu erreichen, und
13. die Finanzkraft der Kommunen nachhaltig zu verbessern und kurzfristig eine Initiative zu ergreifen, um Kommunen in prekärer Haushaltslage die Teilnahme an Förderprogrammen zu ermöglichen.

Berlin, den 16. Oktober 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion
Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion